

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 73 (1993)  
**Heft:** 10  
  
**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Schon im Altertum ...

Ephesus gehört zu den antiken Städten Kleinasiens, die durch die Ausgrabungen und die Forschungsarbeiten der Archäologen manche Geheimnisse über das Leben der Menschen im Altertum, über ihre Existenzbedingungen und über ihren Daseinskampf preisgeben mussten. Als Hauptstadt der römischen Provinz Asien und als Hafenstadt von einigem Gewicht erlebte Ephesus insbesondere während der Periode des *Kaisers Augustus* eine Blütezeit. Handel und Finanzen florierten. Zum Wohlstand, der den Bewohnern einen luxuriösen Lebensstandard erlaubte, trug nicht zuletzt auch der *Artemistempel* bei, der, wie die Schriftsteller der Antike berichten, von so auserlesener Schönheit gewesen sein soll, dass er nicht von Menschenhand geschaffen sein konnte; die Legende sagt denn auch, dass die Statue der Göttin direkt vom Himmel in den Tempel schwebte. Heute allerdings ist vom Tempel, der zu den Sieben Weltwundern der Antike zählt, nicht mehr viel zu sehen. Sein wechselvolles Schicksal endete mit der Zerstreuung seiner Überreste an die verschiedensten Orte.

Das Artemision war während Jahrhunderten ein *religiöses Zentrum* und damit gleichzeitig ein starker Magnet, das zahlreiche Pilger anzog. Und überall dort, wo der Puls des religiösen Lebens rascher schlägt, wo sich die Verehrung der Götter örtlich bündelt, beginnen – und begannen auch in Ephesus – der lokale Handel und das Gewerbe auf die Bedürfnisse und Wünsche der Touristen und Pilger einzugehen. *Marktwirtschaft*

schon damals! In Ephesus erlebten, wie manche Quellen bezeugen, der Handel und das Gewerbe goldene Zeiten. Die Gewinne waren beträchtlich und die daraus fließende Zufriedenheit im Reichtum spür- und sichtbar.

In der Apostelgeschichte (Apg. 19) ist zu lesen, dass sich *Paulus* während seiner dritten Missionsreise einige Jahre in Ephesus aufhielt und die Stadt schliesslich mit Erfolg zu einem Schwerpunkt des Christentums verwandelte. Dies ging aber nicht ohne Überwindung von Widerständen. Eine oppositionelle Gruppe bildeten die *Handwerker*, allen voran die Silberschmiede, die befürchteten, mit der neuen Religion die Grundlage ihres Geschäfts zu verlieren; der Vorrat an Artemis-Erinnerungsstücken, kleine in Silber gearbeitete Tempel, war gross, die Aussicht auf Verluste deshalb real und die Bereitschaft, sich rasch auf die neue Situation einzustellen, klein. Ein Strukturproblem also. Und immer dann, wenn dunkle Wolken dieser Art am wirtschaftlichen Horizont aufziehen, versuchen die Betroffenen – heute würde man wohl sagen: die Interessengruppen – in einer ersten Aufwallung von Gegenwehr sich dem Anpassungsdruck durch eine wenn nötig gewaltsame Konservierung bzw. Wiederherstellung der alten Ordnung zu entziehen oder ihn zumindest solange in Grenzen zu halten, bis der Vorrat an Gütern, die von Absatzstockungen und Preiszerfall bedroht sind, aufgebraucht ist. In der Apostelgeschichte ist überliefert, dass der Silberschmied *Demetrius* seine Schicksals-

genossen mobilisierte und im grossen Theater der Stadt (das ausgegraben und wiederhergestellt worden ist) gegen Paulus, den Unruhestifter, polemisierte. Die Empörung artete in einen veritablen *Aufruhr* aus; er veranlasste Paulus, die Stadt zu verlassen und nach Mazedonien weiterzuziehen. Ob Demetrius damit seine Existenz gerettet hat, ist leider nicht bekannt.

Und die *Lehre* von der Geschicht'? Demetrius hat sich zwar in einer längerfristigen Sicht nicht sehr klug, kurzfristig aber insofern *rational* verhalten, als er seine Vorräte vor rascher Entwertung zu schützen trachtete. Der unbefangene Beobachter wirtschaftlicher Verhaltensweisen in der *Gegenwart* registriert relativ rasch, dass die von Demetrius

angewandte Praxis bei weitem noch nicht ausgestorben ist, sondern sich vielmehr ungebrochener Beliebtheit erfreut. Menschen reagieren auf wirtschaftliche Konstellationen, wie sie den Silberschmieden von Ephesus widerfahren sind, Götter hin oder her, vorerst einmal mit Abwehrreflexen, in denen eine zwar nicht erstaunliche, aber doch eine bemerkenswerte, weil die Jahrhunderte überdauernde *Verhaltenskonstanz* zum Ausdruck kommt. Der wirtschaftende Mensch ist zwar raffinierter geworden, hat sich aber im Verlangen, seinen Vorteil mit Klauen und Zähnen zu verteidigen, *nicht* geändert. Übrigens: Die Bibel enthält, wie diese Geschichte lehrt, auch mannigfache ökonomische Aussagen.

Willy Linder

## Reservate durch Quoten?

Die Idee, mittels Frauenquoten «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» zu sorgen, hat wohl ihr auslösendes Moment, nicht aber ihren Ursprung in der *Bundesratswahl vom März dieses Jahres*. Seit längerer Zeit schwelt das demütigende Gefühl in den Reihen interessierter und engagierter Frauen mehr oder weniger jeder Couleur, dass gleiche Rechte nicht ausgereicht haben, ihnen auch nur annähernd gleiche Chancen im beruflichen, gesellschaftlichen und namentlichen im öffentlichen Leben zu geben. Ihnen vorzurechnen, dass gemessen am kleineren Anteil der Frauen, die diese aktiven Rollen ausserhalb der traditionellen Wirkungskreise *suchen*, eine Parität

nicht erwartet werden dürfe, kann die Alltagserfahrungen mit den vielen Überbleibseln patriarchalischer Mentalität so wenig aus der Welt schaffen wie der Hinweis auf die doch zahlreichen Beispiele erfolgreicher Frauenkarrieren. Bis die *freie Wahl der Rollen* in Familie und Gesellschaft – wozu wohl-gemerkt auch die freiwillige Übernahme sogenannt traditioneller Rollen gehört – als selbstverständlich akzeptiert wird, muss der Berg geschlechtsbezogener *Vorurteile* noch von Generationen abgetragen werden.

So verständlich und für diesen längst in Gang gesetzten Prozess notwendig das Aufbegehren initiativer Frauen ist, so *untauglich* und frustrationsfördernd

sind die Mittel, die nun vorgeschlagen werden. Dass die *Volksinitiative*, für die jetzt Unterschriften gesammelt werden, das Datum des 3. März trägt, ist bezeichnend für den reaktiven Charakter des Quotendenkens. Denn die damalige Niederlage ist ja nur ein Teil der Geschichte. Der dramatische Erfolg eine Woche später war das Ergebnis einer eruptiven Bewegung, die im modischen Begriff «*Frauenpower*» sehr zutreffend und nachwirkend Ausdruck gefunden hat. Quoten, auch wenn sie von einer Bewegung erzwungen würden, bedeuteten hingegen das Ende jeder Dynamik, die Zementierung von Verteilungsansprüchen in fixe Schablonen und Formeln. Mit Quoten werden in unserem System von jeher Minderheiten geschützt. Die föderalistischen Wahlkreiseinteilungen und der Parteienproporz haben indessen dazu geführt, dass Wahlkämpfe hauptsächlich in den einzelnen Segmenten geführt werden und dass nachher die politische Auseinandersetzung in Konkordanz und Kompromissen beinahe erstickt. Eine Quote für einen Bevölkerungsteil, der gar eine Mehrheit zählt, diese aber nicht in entsprechende Ergebnisse umsetzen kann, würde nicht nur andere Ansprüche wecken, sondern vermutlich auch den Wert dieser Mandate und damit die Legitimität der Gewählten beeinträchtigen.

Die Initiative verlangt, dass als allgemeiner Grundsatz im Verfassungsartikel über die Gleichstellung von Mann und Frau eine angemessene *Vertretung* der Frauen in allen Bundesbehörden, namentlich im Nationalrat, im Ständerat, im Bundesrat und im Bundesgericht verankert wird, mit dem etwas seltsamen Zusatz «*unter Berücksichtigung der jeweiligen Eigenschaften jeder Behörde*». Der Begriff der Vertretung ist

zumindest für das Parlament, das Volk und Stände repräsentiert, mehrdeutig. Wenn Frauen Männer wählen, lassen sie sich ebenso vertreten wie Arbeiter, die Gewerkschaftsfunktionäre, Kaufleute, die Juristen, oder katholische Innerrhödlern, die einen Protestanten wählen. Die Initiative lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass nur Frauen als Vertreterinnen der Frauen betrachtet werden. Spinnt man diesen Gedanken weiter, so wären beispielsweise auch die unter 40jährigen oder über 70jährigen heute kaum «vertreten», von zahlreichen Berufsgruppen und sozialen Milieus ganz zu schweigen. Muss ein Parlament wie eine Meinungsumfrage die Bevölkerungsstrukturen abbilden oder werden nicht vielmehr Persönlichkeiten durch die Wahl dazu berufen, Recht zu setzen und die ordnungsgemässe Führung des Gemeinwesens zu überwachen, dabei die vielfältigen Interessen des Landes und seiner Bevölkerung zu wahren und regelmässigen Rechenschaft abzulegen? Diese *Grundidee der Repräsentation* als nicht an Instruktionen gebundene Delegation von Verantwortung an geeignete Personen, wird zwar in der Ausgestaltung des Wahlrechts zugunsten von Minderheiten relativiert und in der Realität gelegentlich strapaziert, würde aber durch die Einführung von Quoten generell in Frage gestellt.

Damit soll der unbefriedigende Zustand einer *unausgewogenen Rekrutierung* von Mandatsträgern nicht negiert werden. Der an der Präsentation der Initiative geäusserte Satz: «*Wir wissen, Frauen werden nicht gewählt*», zeugt jedoch von unberechtigter Resignation und führt zu problematischen Schlussfolgerungen. Wenn «*Frauenpower*» sich nicht selektiv mit ideologischen Inhalten identifiziert, sondern eine *breite Bewusstseinsbildung* anstrebt, werden

schliesslich alle Parteien mit der daraus entstehenden Bewegung konfrontiert. Und wenn Frauen dieses Selbstbewusstsein zu artikulieren und umzusetzen wis-

sen, werden sie an Einfluss qualitativ mehr gewinnen, als dies die Einrichtung von quotengesicherten Reservaten je vermöchte.

Ulrich Pfister

## Der andere «dritte Weg»

Die Wunschvorstellung, dass es zwischen der Marktwirtschaft und der Planwirtschaft (d. h. zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Sondereigentum und Gemeineigentum) einen «dritten Weg» gebe, der die Vorteile des einen Systems mit den Vorteilen des andern verbindet und die Nachteile vermeidet oder vermindert, existiert seit über hundert Jahren. Das Denkmuster, das dahinter steckt, reicht in die Anfänge der Philosophie zurück: der alte Traum vom «goldenen Mittelweg», von der Synthese, in welcher These und Antithese aufgehoben sind. Die intellektuelle und politische Anziehungskraft dieses Problemlösungsmusters ist grösser als seine Produktivität. Oft geht es wie im Scherzlied *«der eine hinten, der andere vorn, doch keiner in der Mitte, man merkt, es fehlt der Dritte ...»* Die Frage nach dem Dritten in der Mitte hat nur einen Sinn, wenn die Mitte im Verhältnis zu etwas gesetzt wird, und beim Versuch, produktive Gegensätze einander gegenüberzustellen, wird meist sehr schnell klar, dass nicht die Wahrheit in der Mitte liegt, sondern das Problem ...

Dies erklärt auch, warum trotz hoher Konstanz in den Gegenüberstellungen die jeweiligen «Wunderrezepte» für «dritte Wege» ausserordentlich variabel und kurzlebig sind. Es sei hier nur kurz daran erinnert, dass der Ständestaat (in

seiner faschistischen und seiner nationalsozialistischen Ausprägung) sich als «dritter Weg» verstand und präsentierte. Die politisch vollzogene Organisation der Stände, insbesondere der Unternehmer und Arbeiter, wollte einen neuen Staat aufbauen, der die Welt von Kapitalismus und Liberalismus einerseits und von Sozialismus und Kommunismus andererseits befreien sollte. Gleichzeitig wollte man auch andere Formen von «dritten Wegen», wie Etatismus auf parlamentarischer Basis, Interventionismus und Bürokratismus überwinden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat vor allem das *«jugoslawische Modell der Arbeiterselbstverwaltung»* und das von Ota Šik in den frühen siebziger Jahren propagierte, heute aber bis an die Grenze des Widerrufs modifizierte Modell einer volkswirtschaftlichen Globalsteuerung mit marktwirtschaftlichen Meso- und Mikrostrukturen die «Drittwegsucher» fasziniert.

Nach der Öffnung des eisernen Vorhangs trat eine weitere Spielart des «Drangs zur Mitte» in Erscheinung. Eine neue Welle der Europa-Begeisterung führte zu einem erstarkten Bewusstsein der Mitte: Das wiedervereinigte Europa, das eine neue Mitte findet zwischen dem *«asiatischen Kollektivismus und Despotismus»* und dem



«exzessiven Individualismus, Kapitalismus und Konsumismus Amerikas ...». Diese Grundstimmung prägte die Maastrichter Verträge und die Konferenz von Paris, und sie können als ungute Vorzeichen eines aufkeimenden anti-amerikanischen und antijapanischen Europrotektionismus gedeutet werden. Vertreter von ehemaligen Ostblockländern stürzten sich auf diese attraktive Quelle neuen Selbstbewusstseins und zimmerten sich eine Popularfassung wirtschaftspolitischer Grundsätze zu: recht: Das «rheinische Modell» einer «sozialstaatlich gezähmten» Marktwirtschaft, die populäre Interventionen *à la carte* zulässt, Umverteilung über Steuern und Sozialversicherung vornimmt und eine Kombination von marktwirtschaftlicher Rhetorik mit politisch-moralisch verbrämten Appellen praktiziert – sei es in der französischen oder in der bundesdeutschen Spielart oder in irgendwelchen Benelux-Mischungen. Das sogenannte «rheinische Modell» wird auch immer wieder erfolgreich mit anti-amerikanischer Spitze propagiert etwa nach dem fatalen Muster: «Die Sowjetunion mit ihrem Sozialismus hat nicht funktioniert und endete im wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die USA mit ihrem Kapitalismus haben auch nicht funktioniert und stecken im sozialen Chaos der Cowboy-Ökonomie, der Ellbogengesellschaft, der zunehmenden Ungleichheit, des Gruppenterrors und der Verslumung in der Zweidrittelsgesellschaft. Lasst uns also einen «dritten Weg» suchen, der diese Extreme meidet ...»

Das «schwedische oder skandinavische Modell des Wohlfahrtsstaates» genoss bei europäischen Intellektuellen und sozialpolitischen Populisten aller Parteien noch vor dem sogenannten «rheinischen Modell» höchstes Ansehen. In letzter Zeit ist es etwas stiller

geworden, und man beginnt zu realisieren, dass das Modell gescheitert ist. Das Ausmass dieses Scheiterns und die finanziellen «Altlasten», die es für kommende Generationen hinterlässt und gegebenenfalls in die EG «einbringt», sind erst im eigenen Land ein Thema.

Kürzlich hat die angesehene «Timbro»-Stiftung, ein in Stockholm domizilierter liberaler und marktwirtschaftlicher «Thinktank», eine internationale Tagung zum Thema «Wohlfahrtsstaat» organisiert. Von schwedischer Seite wurde scharfe und mit zahlreichen Beispielen empirisch gut untermauerte Selbstkritik geübt. Dass ein Land, in dem der Staat fast drei Viertel des Bruttoinlandproduktes für den Betrieb seiner Wohlfahrtseinrichtungen beansprucht, in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, braucht hier nicht weiter dargelegt zu werden. Langfristig gesehen dürften die finanziellen Probleme aber durch die sozialen Probleme des Zerfalls der Selbstverantwortung und der familiären und menschlichen Hilfs- und Unterstützungsbereitschaft noch übertroffen werden. In keinem Land der Welt ist der Anteil derjenigen Menschen, die beispielsweise eine individuelle Mitverantwortung für alte und kranke Eltern schlichtweg ablehnen, so hoch wie in Schweden, nämlich über ein Drittel. Der Sozialstaat hat also in Kombination mit einem relativ hohen Lebensstandard nicht nur die Selbstverantwortung, sondern auch die zwischenmenschliche spontane Solidarität und Hilfsbereitschaft massiv schrumpfen lassen, und niemand kennt das Rezept, wie dieser Trend gewendet werden kann. Dies gilt für das «schwedische Modell» ganz allgemein. Die Analyse und die gehaltvolle und oft auch mit selbstkritischem Humor vorgetragene radikale Kritik

steht in höchster Blüte. Antworten, wie ein post-wohlfahrtsstaatliches Schweden auszusehen hätte, sind in Ansätzen ebenfalls vorhanden, wenn auch bei weitem noch nicht konsensfähig. Von einer wirtschaftlichen und politischen Strategie, wie vom jetzigen Zustand ein Übergang zum erwünschten Zustand zu schaffen wäre, ist – wenigstens von Ausenstehenden – noch nichts zu erkennen; das Problem eines praktikablen Modells für die Transformation bleibt ungelöst. Die Frage, ob ein EG-Beitritt die notwendige Radikalkur beschleunigen oder bremsen würde, ist selbst innerhalb von «*Timbro*» umstritten. Die ältere Generation scheint die Chancen eines Beitritts höher einzuschätzen als die jüngere, welche in der Brüsseler Bürokratie und in den interventionistischen Euro-Programmen schon allzuviel Ähnlichkeiten mit dem eigenen gescheiterten Modell sehen und die globale Öffnung nach den Regeln des Gatt bevorzugen würden.

Die interessanteste Erfahrung an dieser Tagung war aber die Begegnung mit einer neuen Generation von liberalen «Think-Tankern» aus dem ehemaligen Ostblock, speziell aus dem Baltikum. Sicher handelt es sich um kleine Eliten, die keine breite parteipolitische Abstützung haben. Ihre neueste Version eines «dritten Wegs» ist die radikale und kompromisslose und vor allem auch unverzügliche Zulassung der Marktwirtschaft und die Reduktion staatlicher Strukturen auf das minimal Notwendigste, wie sie etwa *Ludwig von Mises* und in jüngerer Zeit der anarcho-libertäre *Murray Rothbard* vertreten haben.

Der Staat ist nur noch für die Garantie der Freiheitsrechte und insbesondere des Privateigentums und für die Gewährleistung der Sicherheit gegenüber Rechtsbrechern zuständig. Die ganze

leistungsstaatliche Infrastruktur wird privatisiert und finanziell von den Benützern getragen, ebenso die Zivilgerichte. Der Sozialstaat wird durch spontane und privat organisierte Selbsthilfe ersetzt. Beamtenapparat und Steuern sollen verfassungsrechtlich streng und unabänderlich plafoniert werden. Das notwendige Minimum an Regierung soll so lokal und so limitiert wie möglich sein, ein diplomatisches Korps und ein aussenpolitischer Apparat ist überflüssig. Öffentliche Ausgaben für Wirtschafts- und Sozialpolitik entfallen – die Notwendigkeit von subsidiären staatlichen Investitionen und Zuschüssen in den Bereichen «Gesundheit» und «Bildung» ist Gegenstand interner Diskussionen wie auch die Notwendigkeit einer Armee als aussen- und innenpolitisches Machtmittel.

Angeichts der Radikalität solcher Programme für einen «dritten Weg» kann man unschwer erraten, dass alles, was wir in Westeuropa und auch in den USA an marktwirtschaftlich-sozialstaatlichen Mischsystemen praktizieren, kaum mehr als Vorbild und als Alternative zur bisherigen Plan-Korruptions-Pump- und Schrottwirtschaft empfunden wird. Auch die USA und die Schweiz stecken aufgrund ihrer Staatsquoten und ihrer Beamtenheere gemessen an solchen Idealvorstellungen tief im Sumpf des Interventionismus und Bürokratismus. Sie befinden sich nach dem kritischen Urteil der zornigen jungen Libertären auf der abschüssigen und gefährlichen Bahn des sozialstaatlichen Populismus, aus dessen Teufelskreis es in einer Demokratie kaum ein Entrinnen gibt. – Kein Wunder also, dass die Zeit – glücklicherweise – vorbei ist, in der sich selbsternannte politische und wirtschaftliche «Experten» aus dem Westen im ehemaligen Ostblock mit ein

paar Schlagworten wie «soziale Marktwirtschaft» und «Demokratisierung» als Freiheitsapostel aufspielen konnten.

Man mag diese radikalen marktwirtschaftlichen Konzepte utopisch und naiv finden und sich darüber wundern, dass ausgerechnet auf dem intellektuellen Komposthaufen der bankrotten Planwirtschaft die Wurzeln so schnell bis in die fruchtbaren Schichten liberaler und libertärer Klassiker vorgedrungen sind. Vielleicht waren unsere marktwirtschaftlich-interventionistischen Mischformen und Kompromisse, mit denen wir uns in der «ersten Welt» in diesem Jahrhundert in verschiedensten Spielarten durchgewurstelt haben, nicht – wie

wir glaubten – die zukunftstaugliche Alternative zur sozialistischen Planwirtschaft, sondern lauter provisorische, wenig taugliche Versuche mit problematischen «dritten Wegen». Wir tun gut daran, die neuen libertären Strömungen im ehemaligen Ostblock ernst zu nehmen, auch wenn sie erst in kleinen Eliten diskutiert werden und die Chancen einer baldigen Realisierung klein sind. Sie dürften im Moment immerhin grösser sein als bei uns, und es ist durchaus denkbar, dass sich dieser «andere dritte Weg» als zukunftsreichste Alternative zu den wirtschaftspolitischen Irrtümern des 19. und 20. Jahrhunderts entpuppt.

Robert Nef

# Gratina – die Scheibe, die den Backofen liebt!



**tiger** Schmelzkäsespezialitäten aus dem Emmental